

## Schriftliche Frage zur Sozialpolitik beim Europäischen Patentamt

Geposted am 27. Oktober 2017 durch Admin

Ich habe mich mit einer schriftlichen Frage an das Wirtschafts- und Finanzministerium in Bezug auf die Sozialpolitik beim Europäischen Patentamt gewandt.

Die Antwort von Bruno Lemaire, die ich soeben erhalten habe, ist in Anbetracht der Fragen und des sozialen Kontexts beim EPA **mehr als enttäuschend**.

Um die Situation beim EPA zusammen mit anderen Parlamentariern aufmerksam zu verfolgen, muss ich auf bestimmte Argumente des Ministers eingehen.

Das EPA war nie defizitär und war stets eigenfinanziert und der im Jahr 2013 erstellte Plan für die Umgestaltung der Organisation war daher nicht verbindlich.

Was den vom Minister erwähnten sozialen Dialog anbelangt, wissen alle Beobachter, dass er auf ein Minimum reduziert ist und dass, ganz im Gegenteil, **das soziale Unbehagen** innerhalb dieser internationalen Organisation **nachhaltig vorherrscht**.

Ich appelliere daher an die französische Regierung, sich in vollem Umfang der Situation beim EPA bewusst zu werden und **alles zu unternehmen, um diesen sozialen Konflikt zu beenden**, der nicht nur das Image Frankreichs schwer beschädigt, sondern **auch die Gesundheit des Personals gefährdet**.

Es folgt die Antwort des Ministers sowie meine Frage:

### Antwort des Wirtschafts- und Finanzministers:

Das Europäische Patentamt (EPA), gegründet mit dem Europäischen Patentübereinkommen vom 5. Oktober 1973, ist eine seit 1977 tätige zwischenstaatliche Organisation, die fast 7.000 Mitarbeiter aus 30 verschiedenen Staaten beschäftigt. Um die langfristige finanzielle Realisierbarkeit des EPA sicherzustellen, wurde ein Plan zur Umgestaltung der Organisation erstellt und der Verwaltungsrat hat 2013 in Absprache mit den Personalvertretern den Status der EPA-Mitarbeiter im sozialen Gesamtrahmen geändert (Renten, Besoldung, Sozialleistungen, Streikrecht). Durch diese Reformen konnte die finanzielle Situation des Amtes in wenigen Jahren in Ordnung gebracht werden, trotz der besonderen organisatorischen Zwänge, die mit dem Status des EPA als internationale Organisation und mit einer fragmentierten Einrichtungskultur mit fünf Niederlassungen in vier verschiedenen Ländern einhergehen. Sie haben jedoch zu sozialen Konflikten geführt, verstärkt durch den besonderen Rechtsstatus der internationalen Organisationen. Im Anschluss an die Prozesse vor lokalen Gerichten hat der Oberste Gerichtshof der Niederlande am 20. Januar 2017 das Urteil des Berufungsgerichts Den Haag annulliert und die rechtliche Immunität des EPA bestätigt. Im Bewusstsein dieser Schwierigkeiten unterstützt Frankreich innerhalb des EPA-Verwaltungsrats beständig die Initiativen zur Verbesserung der Situation und des sozialen Dialogs innerhalb der Organisation, zum Beispiel durch Einführung des Sozial-Audits im Jahr 2016 oder die Beschlussfassung im März 2016, wodurch

der Präsident des EPA aufgefordert wurde, dem Verwaltungsrat einen Entwurf zur Revision des Status der Mitarbeiter vorzulegen, der überarbeitete und abgeänderte Disziplinarverfahren sowie Richtlinien in Bezug auf Ermittlungen vorsehen würde. Der Verwaltungsrat hat am 28. und 29. Juni 2017 daher in den Status der Mitarbeiter neue Garantien eingebaut, die den Zweck haben, die Unabhängigkeit und Unparteilichkeit der Verfahren (Ermittlungen, Disziplinarverfahren, interner Rückgriff) sowie die Verteidigungsrechte (insbesondere das Recht auf Aussageverweigerung oder Unterstützung durch einen Anwalt) sicherzustellen.

### **Frage von Claudine Lepage:**

Frau Claudine Lepage macht den Herrn Wirtschafts- und Finanzminister auf die Situation innerhalb des Europäischen Patentamts (EPA) aufmerksam. Diese zwischenstaatliche Organisation und ihre 7.000 hochqualifizierten Mitarbeiter, die aus achtunddreißig Mitgliedsstaaten rekrutiert werden, trägt zweifellos weitgehend zur Innovation, Wettbewerbsfähigkeit und zum Wirtschaftswachstum in Europa bei. Seit mehreren Jahren sorgt jedoch die autoritäre und willkürliche Sozialpolitik dieses Amtes für große Schwierigkeiten, insbesondere hinsichtlich der Beachtung der persönlichen Grundrechte und der Verletzung des Sozialrechts. Im Übrigen muss betont werden, dass unter dem Personal vier Suizidfälle in zweiunddreißig Monaten zu beklagen sind. Überdies hat das Berufungsgericht Den Haag, das von den Personalvertretern angerufen wurde, im Februar 2015 die Sozialpolitik des EPA als den Grundrechten widersprechend verurteilt. Sein französischer Präsident weigert sich jedoch, diese Entscheidung zur Kenntnis zu nehmen, mit der Begründung, das Amt sei durch Immunität geschützt. Da sich diese sehr fragwürdige Amtsführung unmittelbar auf den Ruf Frankreichs innerhalb der internationalen Institutionen auswirkt, möchte sie wissen, ob Maßnahmen zur Beseitigung dieser Situation ergriffen werden, die schon allzu lange besteht und die sogar die Zukunft der Institution in dem Moment gefährdet, in dem nach dreißig Jahren Verhandlung eine Vereinbarung über das europäische Einheitspatent getroffen wurde, mit dessen Erteilung das EPA befasst sein wird.